

Liebe Studierende,

dies ist ein Bericht von Studierenden über die Sitzung des Akademischen Senates der HU am 9.12.2008. Er soll Euch die eigene Meinungsbildung ermöglichen und darf gerne weiterverbreitet und zitiert werden. Wir haben den Bericht mit den uns zur Verfügung stehenden Informationen geschrieben; es gibt noch ausführlichere Stichpunkt-Protokolle, die wir auf Nachfragen gerne herausgeben. Insgesamt haben wir uns in diesem Text auf das beschränkt, was uns aus studentischer Perspektive relevant erschien.

Top2: Aktuelle Halbe Stunde; Berichte aus dem Präsidium und Anfragen

Einladung zum Weihnachtsempfang des Präsidenten:

Dieser findet am 17.12. um 19 Uhr im Senatssaal statt. Leider kollidiert dieser Empfang zeitlich mit der Sitzung des StuPas, obwohl die StuPa-Sitzungen schon Monate vorher bekannt gegeben werden. Trotzdem sind natürlich alle engagierten Studierenden eingeladen am 17.12. im Senatssaal am Hu-Weihnachtsschmaus teilzuhaben.

Hochschulvertragsverhandlungen:

Das Präsidium der HU informierte den AS in der aktuellen halben Stunde über die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung über die Hochschulverträge, die seit dem 19.11.2008 laufen. Bisher wird noch kontrovers über die genaue Ausgestaltung des Vertrages in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert. Voraussichtlich wird bis Mitte März 2009 ein allgemeiner Vertragsentwurf erarbeitet.

Hierzu wurden mehrere Arbeitsgruppen gegründet, in denen die Hochschulpräsidien bzw. -Rektorate mit Vertreter_innen des Senates zusammenarbeiten. Folgende Gruppen gibt es, oder sind geplant:

- Mittelvergabe und Finanzierung/ Zuschussvergabe
- Optimierungspotentiale
- Strukturfragen
- Studium, Lehre, Lehre_innenbildung
- und eine AG für Besonderheiten einzelner Hochschulen

Der Vizepräsident für den Haushalt, Dr. Frank Eveslage, führte weiterhin aus, dass es bisher noch keine Absprache mit der Finanzverwaltung gäbe. Die HU sei aber im Bereich des „Facility Managements“ und der sonstigen Mitarbeiter_innen zu keinen weiteren Einsparungen in der Lage.

Ein besonderer Streitpunkt sei auch das vom Bildungssenator ausgegebene Ziel, dass „das Geld den Studierenden folgen“ soll.

Dies bedeutet, dass in der leistungsbezogenen Mittelvergabe zukünftig mehr Gewicht auf die Studierenden- und Absolvent_innen-Zahlen gelegt werden soll als bisher.

Dies führe laut Dr. Frank Eveslage zum Verlust von Planungssicherheit, da es unvorhersehbare Schwankungen geben kann. Es ergäbe sich außerdem das Problem der potentiellen Überbelastung, d.h. mehr Immatrikulationen, als Kapazität vorhanden ist.

Zu diesem Thema gab es von uns noch weitere Nachfragen, die wir in einem Gespräch mit Vizepräsident Dr. Frank Eveslage zu klären versuchen werden, die Ergebnisse dieses Gespräches werden wir Euch selbstverständlich mitteilen.

Es gibt zumindest einen ersten Entwurf, dieser wird jedoch weiterdiskutiert.

Eine weitere Frage ist laut dem Vizepräsidenten für Forschung, Prof. Dr. Michael Linscheid, wie die Weiterfinanzierung der durch die Exzellenz-Initiative geförderten Projekte aussieht.

Verhandlungen hierüber werden voraussichtlich im Januar 2009 beginnen.

Es sei unklar, welche Projekte verlängert werden und wie sich die neue Exzellenz-Initiative und Förderprogramme der EU auswirken.

Laut Vizepräsident Prof. Dr. Jens-Uwe Nagel gibt es bisher auch noch keine Klarheit darüber, wie mit den kommenden doppelten Abiturjahrgängen umgegangen werden soll.

Prof. Dr. Jens-Uwe Nagel sagte: „Wir brauchen die Unterstützung aller Statusgruppen um uns nicht von den vielen, finanziell nicht gedeckten Forderungen erdrücken zu lassen.“

Es ist erstaunlich, dass der Universitätsleitung jetzt erst aufgefallen ist, dass sich aus den Programmen der Exzellenz-Initiative auch Folgekosten für die Universität bei der Weiterführung der geförderten Programme über den Förderungszeitraum der Initiative hinaus entwickeln.

Bemerkenswert ist aber auch, dass die Senatsverwaltung offenbar noch keine Vorbereitungen getroffen hat und nun unter Zeitdruck die Präsidien der Hochschulen für sich arbeiten lässt.

Wir befürchten außerdem, dass in der Unter-AG „Strukturfragen“ Vorabentscheidungen darüber getroffen werden, welche Fächer an welchen Hochschulen abgebaut werden.

Einführung eines Lehrpreises:

Weiterhin hat **das Präsidium** die Einrichtung eines Lehrpreises beschlossen. Dieser Preis kann nicht nur an Professor_innen, sondern unter anderem auch an studentische Projekte vergeben werden. Das Präsidium bat um Vorschläge der Statusgruppen für die Besetzung der Jury; d.h. wir können Leute vorschlagen, der Vizepräsident kann sich dann aber diejenigen aussuchen, die ihm gefallen.

Zusätzlich sollen weitere Gelder zur Förderung der Lehre dezentral über die Fakultäten vergeben werden.

Nachfrage zu der Arbeitsgruppe „Profilbildung Mitte“

Die studentische Vertreterin in der vor einem Jahr vom AS eingesetzten Arbeitsgruppe zur Profilbildung im Campus Mitte fragte nach, ob gemäß des Protokolls der letzten Sitzung ein Bericht der AG abgegeben worden sei. Sie wies darauf hin seit dem Sommer nicht mehr in die Arbeit der AG involviert oder auch nur über Fortschritte informiert worden zu sein.

Mittlerweile ist uns bekannt, dass auch Professor_innen nicht mehr in den Arbeitsprozess einbezogen wurden.

Die Einrichtung der Arbeitsgruppen sollte eigentlich einen transparenten Prozess sicherstellen.

Top3: Programm des Präsidiums

Unter diesem Top wurde das Programm des Präsidiums für die Jahre 2008 bis 2010 diskutiert.

http://www.hu-berlin.de/ueberblick/leitung/dok/programm_praes

Die Diskussion war so lang und kontrovers, dass wir von einer ausführlichen Darstellung absehen, sondern nur ein paar Punkte heraus greifen, damit ihr einen Eindruck bekommt.

Natürlich musste der Präsident einen seiner überaus unaufschiebbaren Termine direkt vor Eröffnung der Diskussion wahrnehmen, so dass er dem Großteil der Diskussion nicht beiwohnen konnte.

Die Kritik an diesem Programm kam dann jedoch nicht nur von studentischer Seite. Doch leider beschränkte sie sich meist auf die Rhetorik des Präsidiums oder machte Vorschläge zu Detailfragen. Der Personalrat merkte an, dass das Programm den Mitarbeiter_innen implizit mangelndes Engagement unterstellen würde.

Dass die unter Punkt 1 aufgeführte Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirates nicht durch Gremienentscheidungen gedeckt ist, sich aber bereits in der Umsetzungsphase befindet, wurde leider nur von uns als Problem angesehen. Dieser Beirat wird universitäts-interne Entscheidungsprozesse über die Zukunft der HU nachhaltig aushebeln.

So ging es etwa eine Stunde.- Die vielen kleineren Katastrophen, die damit noch verbunden sind, berichten wir gerne auf Nachfrage.

Top4: Strukturplanungen /Antrag der Offenen Linken

An diesem Punkt ging es um die Frage, wie die HU ihre zukünftige Struktur inneruniversitär diskutieren und darüber entscheiden will.

Den studentischen Gremienvertreter_innen der „Offenen Linken“ war es ein Anliegen in ihrem Antrag einen demokratischen und transparenten Strukturplanungsprozess sicherzustellen, an dem alle Statusgruppen

beteiligt werden.

Die Abstimmung über diesen Antrag wurde in einem äußerst chaotischen und zudem mit einem geschäftsordnungswidrigen Verfahren verhindert.

Die Begründung, die Hartmut Böhme (Prof. der Kulturwissenschaft) hierzu lieferte, war, dass selbstverständlich immer gemäß unseren Forderungen vorgegangen werde und dieser Antrag deshalb überflüssig sei.

Wie selbstverständlich eine transparente Vorgehensweise ist, zeigt sich allerdings am Beispiel der Untergliederung der Philosophischen Fakultät III, das Böhme übrigens ausdrücklich verteidigte. Dort wurde das Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften neu untergliedert, ohne dass die Betroffenen (Professor_innen wie Studierenden) vorher informiert wurden, oder auch nur in einem transparenten Verfahren eine Möglichkeit der Mitentscheidung hatten. (Was dort genau passiert ist, findet ihr weiter unten bei Top10 in diesem Bericht.)

Da der Antrag der Offenen Linken von der Mehrheit des Akademischen Senates boykottiert wurde, kann sich ein solches Verfahren nun auch für die Strukturplanungen der gesamten Universität wiederholen. Dies scheint sogar Absicht zu sein, denn es mehren sich die Hinweise darauf, dass es bereits einige Zusagen des Präsidenten über Fortführungen und Neueinrichtung von Stellen gibt. Eine ergebnisoffene Strukturplanung ist so nicht zu erwarten.

Unser Bericht macht jetzt einen Kurzen Sprung zum

Top 9: Gruppenveto zur Einführung des weiterbildenden Master of Public Policy

Der Master of „Public Policy“ soll ein sogenannter weiterbildender Master sein, das heißt, er richtet sich an Menschen, die schon einen berufsqualifizierenden Abschluss erreicht haben (in der Regel Staatsexamen, Magister oder Diplom). In diesem Fall sind auch noch mindestens zwei Jahre Berufserfahrung als Zulassungskriterium vorgesehen.

Das Ziel des Studienganges soll die Vermittlung von Wissen sein, das die AbsolventInnen „gezielt auf Führungsaufgaben in der Politik, der Verwaltung und dem Dritten Sektor vorbereitet“ (Zitat Beschlussantrag). In anderen Worten Herrschaftswissen, zum Beispiel Techniken, um in demokratisch aussehenden Prozessen die eigene Meinung durchzusetzen.

Dieser Studiengang soll nicht von der HU selbst, sondern von einer eigens geschaffenen Humboldt-Viadrina School of Governance, einer Kooperation zwischen der HU und der Viadrina Frankfurt (Oder), angeboten werden.

Durch diese Konstruktion können sonst vorgeschriebene Kontrollmechanismen, wie die akademischen Gremien, kurzerhand ausgeschaltet werden.

Da weiterbildende Studiengänge vom Verbot von Studiengebühren explizit ausgenommen sind, verwundert es nicht, dass für diesen Studiengang Gebühren erhoben werden (genau genommen müssen sie das sogar, da diese Studiengänge sich selbst finanzieren müssen). In diesem Fall sind die Gebühren aber besonders hoch angesetzt, umfassen sie doch für 4 Semester 18.000 Euro.

Die Kommission für Lehre und Studium (LSK) hatte es abgelehnt, die Einrichtung des Studienganges, die Studien-, Prüfungs- und Gebührenordnungen zu empfehlen und dazu eine deutliche Stellungnahme beschlossen.

Im Akademischen Senat legte die Statusgruppe der Studierenden ein Veto gegen die Einführung des Studienganges ein.

Durch das Veto einer Statusgruppe wird automatisch ein Vermittlungsausschuss eingerichtet und das Thema auf die nächste Sitzung vertagt.

Es wäre illusorisch zu hoffen, im Vermittlungsausschuss irgendetwas zu erreichen, da nur wir die Einrichtung dieses Studienganges grundsätzlich ablehnen. In der nächsten Sitzung wird der Studiengang dann voraussichtlich durch die professorale Mehrheit abgenickt werden.

Das Veto wird also den Studiengang nicht verhindern können, es ist aber ein wichtiges Signal. Wir sind mit diesem Studiengang nicht einverstanden.

Top 10: Untergliederung der Philosophischen Fakultät III/Auflösung des Institutes für Kultur- und Kunstwissenschaften

Ebenfalls am Dienstag wurde beschlossen das bisherige Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften in vier kleinere Institute aufzuteilen. Kritikwürdig ist hier mehr der Prozess als das Ergebnis.

Nach unserer Recherche wurde in etwa folgendermaßen vorgegangen:

- Irgendwann so ca. im Sommersemester entschied irgendwer, dass das Institut aufgeteilt werden soll. Spekulationen darüber, wer dies war, gehen auseinander: Gegenüber den Betroffenen wurde wohl kommuniziert, dieser Schritt sei von oben, also vom Präsidium vorgeschrieben gewesen, während auf der zentralen Ebene, z.B. in der EPK, die Entscheidung, als „von unten“ dargestellt wurde. Wir gehen mittlerweile davon aus, dass sich das wohl der Dekan in Absprache mit dem Präsidium so überlegt hat, wobei dieser auch zu Beginn des Sommersemesters gewechselt hatte (erst Macho, dann Wegener).
- Daraufhin gab es „informelle Vorgespräche mit Einzelpersonen“; d.h. einzelne Professor_inn_en haben wohl mit dem Dekan darüber gesprochen wie sie sich eine Untergliederung vorstellen. Entgegen einer Aussage von Prof. Dr. Böhme im AS gibt es mehrere Professor_inn_en, die an solchen Gesprächen nicht beteiligt wurden.
- Ab Oktober wurden die Betroffenen über das „Ergebnis“ informiert; zum Teil haben sie diese Information auch eher zufällig mitbekommen. Zum Teil wurde ihnen zuerst noch erklärt, sie hätten noch einen Einfluss und könnten sich selbst entscheiden, welchem Institut sie sich angliedern würden. Wer aber versuchte die „Ergebnisse“ noch einmal zu verändern, stellte schnell fest, dass da nichts mehr zu machen war und ist.
- Am 10.11. wurde darüber dann im Fakultätsrat entschieden. Der Institutsrat wurde erst im Nachhinein „informiert“ und einen Monat später wurde das nun vom Akademischen Senat besiegelt.

Das Ziel dieser Veränderungen ist auch vielfach unklar. Dem Akademischen Senat wurde eine fadenscheinige Begründung geliefert, die darauf basiert, dass Seminare, die alte Untergliederungsform von großen Instituten in relativ autonome Fachbereiche, im Berliner Hochschulgesetz nicht vorkommen und deswegen abgeschafft werden müssten. Dieser Zustand hat jedoch die letzten 20 Jahre auch niemanden gestört und an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät wurde erst im letzten AS mit der umgekehrten Begründung die Institutsstruktur aufgelöst und mit ebenfalls nicht gesetzlich verankerten „Departments“ ersetzt.

Hier endet unser Bericht, die Sitzung ging allerdings noch etwa zwei Stunden weiter.

Gerrit Aust(OL), Tobias Florek(OL), Peter Hartig(OL), Katharina Lingenhöl(OL), Norman Ludwig(LuSt)
und Lena Müller(OL)